

An den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen
An die Sozialministerin des Landes Niedersachsen
An den Präsidenten des Niedersächsischen Städtetages
An den Präsidenten des Niedersächsischen Landkreistages
An den Präsidenten des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes

*Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen*

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Niedersachsen-
Bremen**

Hannover, 11.05.2020

Offener Brief zur Eingliederungshilfe Niedersachsen

von Betriebsräten und Mitarbeitervertretungen

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,
Sehr geehrte Frau Sozialministerin Reimann,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,
Sehr geehrter Herr Landrat Wiswe,
Sehr geehrter Herr Dr. Marco Trips,**

in Niedersachsen arbeiten ca. 65 000 Arbeitnehmer*innen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe (Quelle: Berufsgenossenschaft der Wohlfahrtspflege). Sie betreuen Kinder von 0-3 Jahren in der Frühförderung, danach in heilpädagogischen oder integrativen Kindertageseinrichtungen, in Schulen oder im Berufsbildungsbereich. Danach werden die meisten Menschen mit Behinderung in Werkstätten, auf Außenarbeitsplätzen, in der Tagesförderung, in besonderen Wohnformen oder ambulant Zuhause begleitet und gefördert. Über 90 000 Menschen in Niedersachsen erhalten Leistungen aus der Eingliederungshilfe.

Die Corona Pandemie stellt für die Menschen mit Behinderung, für die Angehörigen und für die Arbeitnehmer*innen eine Herausforderung dar, die aus unserer Sicht nicht angemessen wahrgenommen wird:

Diesen Herausforderungen und Belastungen stellen wir uns:

- Die Bewohner*innen konnten in den vergangenen Wochen die Einrichtungen (oder gar geschlossene Räumlichkeiten) nicht verlassen, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fand nicht statt. Durch die Schließung der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der Tagesförderstätten ist jegliche Tagesstruktur weggefallen. Tagesstrukturierende Ereignisse – wie etwa Logopädie – und wichtige soziale Kontakte, wie Besuche von Verwandten, finden nicht mehr statt.
Dies alles führt bei vielen Menschen mit Behinderung zu einer hohen Verunsicherung, welche die Beschäftigten bestmöglich auszugleichen versuchen. Dennoch ist zu befürchten, dass selbst- und fremdgefährdendes Verhalten zunehmen wird.

- In den besonderen Wohnformen wird jetzt rund um die Uhr, an sieben Tagen die Woche, betreut. Die Menschen, die dort leben und arbeiten, sind verunsichert und die ständige Angst, dass das Virus in eine Wohnstätte kommt, bedeutet für alle eine hohe emotionale Belastung.
- Die Beschäftigten der Werkstätten für Menschen mit Behinderung halten die notwendigen Produktionsaufträge aufrecht. Andere helfen in den besonderen Wohnformen oder bei anderen Trägern aus. Dies betrifft auch Kolleg*innen aus den Tagesförderstätten.
- Menschen mit geistiger Beeinträchtigung und psychischen Einschränkungen sind die Maßnahmen gegen die Pandemie oft nur sehr schwer vermittelbar. Abstandsregelungen, Quarantäne im Zimmer usw. sind kaum umzusetzen. Daher ist für die Beschäftigten die Einhaltung der Bestimmung zum Infektionsschutz schwierig. Dies ist insbesondere belastend, wenn infizierte Klient*innen versorgt werden müssen.
- Insbesondere wenn pflegerische Tätigkeiten anfallen, ist ein Körperkontakt unvermeidbar. Dies ist in den besonderen Wohnformen (stationärem Wohnen) der Fall und in Abhängigkeit vom Pflegebedarf auch in den ambulanten Wohngruppen.
- Durch die Schulschließungen sind unzählige Schulasistent*innen und Teilhabebegleiter*innen ohne Beschäftigung. Sie werden in der Regel weit unterhalb des TVÖD bezahlt, arbeiten in Teilzeit und werden durch Kurzarbeit zu Sozialhilfeempfänger*innen.
- Kolleg*innen aus den Beratungszentren, der Frühförderung, der Berufsbildungsbereiche, der Tagesstätten – sie alle leisten ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise. Sie machen telefonische Beratungsangebote, unterstützen die besonderen Wohnformen, halten Kontakt zu den Klienten, führen Elterngespräche und organisieren die Notbetreuung.

Obwohl also die Corona Pandemie die Eingliederungshilfe besonders betrifft und die Kollegen*innen auf vielfältige Weise und kreativ daran arbeiten, ihren Anteil an einer guten Betreuung und Begleitung aufrecht zu erhalten, entsteht der Eindruck, dass dies im öffentlichen und politischen Umgang nicht gewürdigt wird. Einige Beispiele:

- Während in anderen Bundesländern von den Kostenträgern (Land und Kommunen) bereits Mitte März Signale der Sicherheit ausgesandt wurden und die 100% Finanzierung der Leistungen zumindest bis Mitte April zugesagt wurde, haben in Niedersachsen einige Kommunen sofort nach den Schulschließungen angekündigt, die Finanzierung der Schulbegleitung zu reduzieren.
- In die Auflistung, wer „systemrelevant“ ist und somit für sein Kind die Notbetreuung von Kita oder Schule in Anspruch nehmen kann, ist die Eingliederungshilfe zunächst nicht aufgeführt worden. Das ist am 24.3. korrigiert und am 26.3.2020 wieder zurückgenommen worden. Dieser Vorgang hatte eine Bedeutung über die eigentliche Kinderbetreuung hinaus: erst vergessen, dann aufgenommen, dann wieder für nicht so wichtig gehalten zu werden – das ist bei den Kollegen*innen als mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit wahrgenommen worden.

- Die Anwendung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG) ist in Niedersachsen selbst Wochen nach dem Inkrafttreten immer noch nicht geklärt. Auch hier haben andere Bundesländer viel früher entschieden, nicht nur 75% zu finanzieren, sondern auf 100% aufzustocken oder das SodEG gar nicht in Anspruch zu nehmen
- Erst am 28. April gab es orientierende Hinweise zur Finanzierung von Teilbereichen der Eingliederungshilfe

Unsere Forderungen für Sofortmaßnahmen lauten daher:

- Das Land Niedersachsen muss Maßnahmen nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) von 75% auf 100% aufstocken (oder das SodEG gar nicht in Anspruch nehmen)
- Sofortige und verbindliche Kostenübernahmezusagen der Leistungsträger für alle Bereiche der Eingliederungshilfe sowie für die zusätzlichen Kosten für Schutzmaterialien und zusätzliches Personal
- Ausreichende Ausstattung der Leistungserbringer mit Arbeitsschutzmaterial (Filternde Gesichtsmasken, Schutzkittel, Handschuhe, Desinfektionsmittel, Schutzbrillen, Hauben etc.)
- Analog des Bonus für den Altenpflegebereich ein Bonus von 1.500 € als Anerkennung für die besonderen Belastungen der Arbeitnehmer*innen in der Eingliederungshilfe

Auch nach der Corona-Krise bleiben in der Eingliederungshilfe zentrale Verbesserungen notwendig, für die wir uns weiter einsetzen werden. Denn wir sind nicht nur jetzt systemrelevant, sondern bleiben es auch nach Krise. Pflege-, Betreuungs- und Beziehungsarbeit muss eine neue Wertschätzung in der Gesellschaft erfahren. Konkret bedeutet das für die Eingliederungshilfe in Niedersachsen:

- Finanzierung der Eingliederungshilfe in Höhe des Tarifvertrages öffentlicher Dienst (Sozial- und Erziehungsdienst)
- Förderung der Tarifbindung, z.B. durch höhere Steigerungsraten für tarifgebundene Einrichtungen
- Ausbildung: Kein Schulgeld mehr in der Ausbildung der Heilerziehungspflege; Finanzierung einer Ausbildungsvergütung
- Schulassistenz ausreichend finanzieren

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,
Sehr geehrte Frau Sozialministerin Reimann,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,
Sehr geehrter Herr Landrat Wiswe,
Sehr geehrter Herr Dr. Marco Trips,

mit diesem Offenen Brief richten wir die Erwartung an Sie, unsere Anliegen und Forderungen ernst zu nehmen. Die von uns geforderten Sofortmaßnahmen bedürfen einer unmittelbaren Umsetzung – hier darf keine weitere Zeit verloren werden.

An unsere weitergehenden Forderungen zur Verbesserung der Situation in der Eingliederungshilfe werden wir Sie dann auch nach der Corona-Pandemie erinnern!

Dieser Brief wird unterstützt von:

Betriebsrat der Lebenshilfe Peine-Burgdorf GmbH
Betriebsrat der Lebenshilfe Walsrode e.V.
Betriebsrat der Lebenshilfe Bremervörde/ Zeven
Betriebsrat der Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH
Betriebsrat der Lebenshilfe Goslar gem. GmbH
Betriebsrat der Lebenshilfe Syke gGmbH / e.V.
Betriebsrat der Kinder, Wohnen und Flexible Hilfen der PLSW
Betriebsrat der Arbeit, Bildung und Kaufmännischer Geschäftsbereich der PLSW
Betriebsrat der Hameln-Pyrmont der PLSW
Betriebsrat der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg
Betriebsrat der Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Wilhelmshaven
Betriebsrat der Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Hannover
Betriebsrat des Deutsches Taubblindenwerk Hannover
Betriebsrat der SELAM Lebenshilfe gGmbH
Betriebsrat der Stiftung Waldheim Cluvenhagen
Betriebsrat der Lebenshilfe Nienburg gemeinnützige GmbH
Betriebsrat der Delme-Werkstätten gGmbH
Betriebsrat der Göttinger Werkstätten gemeinnützige GmbH
Betriebsrat der Lebenshilfe Grafschaft Diepholz
Betriebsrat der Hannoverschen Werkstätten
Betriebsrat der Wiki gGmbH Wilhelmshaven
Betriebsrat der gGiS mbH, Hannover
Betriebsrat der Lebenshilfe Hannover
Betriebsrat der Lebenshilfe Celle
Betriebsrat der Erziehungshilfen & Sozialpsychiatrie der AWO Braunschweig
Betriebsrat der AWO Werkstatt für Dienstleistung und Produktion (AWO Bezirk Hannover)
Betriebsrat der Lebenshilfe Aurich-Wittmund gGmbH
Betriebsrat der Behindertenhilfe Norden GmbH
Gesamtbetriebsrat der Heide-Werkstätten e.V. Walsrode
Gesamtbetriebsrat der PLSW - Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH
Gesamtbetriebsrat der AWO Trialog Weser-Ems GmbH
Konzernbetriebsrat der AWO Weser Ems
Mitarbeitervertretung des Christophorus-Werk Lingen e. V.
Mitarbeitervertretung der Mehrwerk gGmbH, Braunschweig
Mitarbeitervertretung der Rotenburger Werke
Mitarbeitervertretung der Lebenshilfe Herzberg



*Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen*

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Niedersachsen-
Bremen**

Mitarbeitervertretung der GiB mbH Hannover
Mitarbeitervertretung der Diakonischen Behindertenhilfe gGmbH in Lilienthal
Mitarbeitervertretung des St.-Vitus-Werk GmbH Meppen
Mitarbeitervertretung des Agaplesion Diakonieklinikums Rotenburg gGmbH
Mitarbeitervertretung des Christophorushaus Göttingen gGmbH
Mitarbeitervertretung der proTeam Himmelsthür gemeinnützige GmbH, Hildesheim und Wildeshausen
Gemeinsame Mitarbeitervertretung der Dachstiftung Diakonie
Gemeinsame Mitarbeitervertretung der Diakonie Himmelsthür
Gemeinsame Mitarbeitervertretung der Evangelischen Stiftung Neuerkerode
Gemeinsame Mitarbeitervertretung der Heilpädagogische Hilfe Osnabrück
Gemeinsame Mitarbeitervertretung des Gesamtunternehmens DIAKOVERE
ver.di-Betriebsgruppe der Harz Weser Werke
ver.di-Betriebsgruppe der Rotenburger Werke
ver.di-Betriebsgruppe des AGAPLESION EV. KLINIKUM SCHAUMBURG gGmbH
Ulli Vogel, Mitglied der ver.di-Bundesfachkommission Behindertenhilfe

Kontakt

Annette Klausing, ver.di Niedersachsen-Bremen

Mail: annette.klausing@verdi.de

Mobil: 0160 90133281